

Bayr: Armut, Hunger, Aids - alles wäre beseitigbar!

Utl.: Bayr: Ungerechte Ressourcenverteilung ist Hauptgrund für Elend =

Wien (SK) - Anlässlich der nunmehr erreichten Halbzeit für die Vorhaben der Millennium Development Goals (MDGs), fordert Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung, ein spürbar verstärktes Engagement zur Erreichung der so wichtigen Ziele der Vereinten Nationen. "Der nun vorgelegte Fortschrittsbericht ist in seiner Aussage leider wenig überraschend", so Bayr, "es ist höchst an der Zeit, den Worten Taten folgen und die Möglichkeiten Realität werden zu lassen - was für eine Schande für die erste Welt, wenn die MDGs tatsächlich am Geld scheitern sollten!" ****

Bayr betont, dass die Erhöhung der finanziellen Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit (EZA) nun nicht länger aufgeschoben werden darf und weist darauf hin, dass Österreich in den kommenden Jahren einiges mehr an so genanntem "fresh money" zur Verfügung stellen müssen, um seinen international eingegangenen Verpflichtungen nachkommen zu können.

"Die großen Entschuldungen der letzten Jahre sind am Auslaufen - damit werden wir keine 0,51 Prozent mehr erreichen", so Bayr zum Entwicklungshilfeanteil, gemessen am Bruttonationaleinkommen, "das bedeutet, dass wir in den kommenden Jahren einiges mehr an gestaltbaren Mitteln brauchen werden und damit den Kampf gegen die Armut effektiv unterstützen werden können!"

In diesem Zusammenhang verweist sie auf die Arbeitsgruppe unter der Führung der Staatssekretäre Matznetter und Winkler, die den lange geforderten Stufenplan zur Finanzierung der EZA im Herbst präsentieren wollen. "Ich kann nur ermuntern, sich diesbezüglich ein Beispiel an unseren deutschen Nachbarn zu nehmen", so Bayr, "die nunmehr eine Erhöhung der Entwicklungsgelder um satte 750 Mio Euro für 2008 angekündigt haben, welche sie allein aus erhöhten Steuereinnahmen aufbringen, die es in Österreich ebenso gibt!"

Bayr betont, dass es neben der lang versprochenen Mittelaufstockung auch einer fokussierten EZA bedarf: "Lange unterschätzt war das Thema Gesundheit - jetzt ist klar: Eindämmung der Pandemie HIV/Aids und reproduktive Gesundheit sind Voraussetzung für die Wirksamkeit anderer entwicklungspolitischer Bemühungen!" Deshalb fordert Bayr auch, Gesundheit als primären Schwerpunkt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zu etablieren.

Im Herbst soll im Parlament eine Enquete zum Thema MDGs stattfinden - die Beschlussfassung dazu hätte diese Woche im Hauptausschuss stattfinden sollen. "Leider konnte sich die ÖVP auf keinen Termin festlegen", so Bayr verärgert, "und so kann ich nur appellieren, wenigstens gleich nach der Sommerpause diesen wichtigen Beschluss zu fassen!"

Die Vorteile einer Enquete sieht Bayr vor allem darin, dass damit sowohl das gesamte Parlament als auch Verantwortliche aus den unterschiedlichsten Ressorts eingebunden würden, was das vorrangige Anliegen der Kohärenz aller Politikbereiche unterstützen würde. "Entwicklungspolitik betrifft so gut wie alle Ressorts und es ist wichtig, dass wir an einem gemeinsamen Strang ziehen", appelliert Bayr, "deshalb bemühe ich mich auch darum, dass künftig auf dem Vorblatt aller zu beschließenden Gesetze die Auswirkung für die globale Entwicklung und auch für die Umwelt ausgewiesen sind und so

in die politische Debatte miteinbezogen werden müssen!"

Als eine der ersten Maßnahmen im Sinne einer kohärenten Politik erachtet Bayr die Änderung des Ausfuhrförderungsgesetzes als notwendig. "Die Kriterien zur Vergabe von Exportförderungsgarantien bedarf einer raschen und radikalen Verbesserung", erläutert Bayr, "so sehr wir alle eine prosperierende Wirtschaft schätzen - künftige Ausfuhrförderungen müssen auch nach sozialen, menschenrechtlichen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien beurteilt werden!"

In den kommenden Tagen wird Bayr während des Plenums einen Entschließungsantrag zur Abänderung des Ausfuhrförderungsgesetzes einbringen, für dessen Beschlussfassung sie auf breite Zustimmung unter den ParlamentarierInnen hofft. (Schluss) sl/mm

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275,
Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS125 2007-07-03/11:39

031139 Jul 07